

Die nuklearen Ambitionen Saudi-arabiens

Gefahr eines atomaren Wettlaufs am Golf

Das Atomabkommen mit Iran hat Saudiarabien aufgeschreckt. Das Königreich liebäugelt mit einem eigenen Atomprogramm, das als Gegengewicht zum Rivalen Iran dienen könnte.

OLIVER THRÄNERT

Mit der am 14. Juli erzielten Vereinbarung mit Iran ist der Konflikt um das Atomprogramm Teherans entschärft worden. Doch die Gefahr eines atomaren Rüstungswettlaufs im Mittleren Osten ist damit nicht gebannt. Vor allem Saudiarabien könnte in den kommenden Jahren am Aufbau eigener nuklearer Optionen interessiert bleiben. Seine entsprechende Infrastruktur ist noch nicht weit entwickelt, doch ist das Land reich genug, um sich Fähigkeiten einzukaufen. Riad hat überdies die strategische Entschlossenheit, gegenüber dem Rivalen Iran nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Raketen aus China

Das iranische Atomprogramm wird zwar bestimmten, zeitlich befristeten Beschränkungen unterworfen. Jedoch bleibt Irans nukleare Infrastruktur intakt. Die vereinbarten Einschränkungen werden nach festgelegten Fristen aufgehoben. Das iranische Raketenprogramm wird nicht berücksichtigt. Iran bleibt daher ein nuklearer Schwellenstaat. Teheran hat die grundsätzliche Fähigkeit, spaltbares Material zu Waffenzwecken herzustellen. Es verfügt zudem über die Trägersysteme für den Einsatz von Kernwaffen und hat ferner vermutlich das Wissen, um Atomwaffen zu bauen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass Irans Nachbarn und Gegner beunruhigt bleiben.

Vor allem Saudiarabien ist darüber enttäuscht, dass Iran im Zuge der Vereinbarung unter Beteiligung der USA als nuklearer Schwellenstaat anerkannt wurde. Dies widerspricht dem saudi-

schen Anspruch, mit Iran auch in nuklearen Fragen auf gleicher Augenhöhe zu sein. Der geopolitisch geprägte Konflikt zwischen Saudiarabien und Iran, der sich in der Unterstützung von sich bekämpfenden Parteien im syrischen und im jemenitischen Bürgerkrieg ausdrückt, dürfte sich in den kommenden Jahren zuspitzen. Er basiert auf dem ethnischen Gegensatz zwischen Persern und Arabern ebenso wie auf dem religiösen Widerspruch zwischen Schiiten und Sunniten.

Bereits seit einigen Jahren wird vermutet, dass Riad sich insgeheim die Option einer eigenen nuklearen Abschreckung erarbeiten wolle. Irans Atomprogramm gilt als wichtigstes Motiv. Die Scheichs fürchten dabei weniger einen tatsächlichen Einsatz iranischer Kernwaffen als vielmehr, dass Teheran die neuen Waffen als Grundlage für die Etablierung einer regionalen Vormachtrolle nutzen könnte. Zugleich ist die saudische Königsfamilie aus Gründen der innenpolitischen Stabilität darauf bedacht, hinsichtlich der äusseren Sicherheit nicht zu abhängig von den westlich-säkularen USA zu sein. Umgekehrt gelten die USA nicht mehr als Garant saudischer Sicherheit wie noch vor Jahren. Aus Sicht der Saudi hat sich die Administration Obama gegenüber Iran im Atomstreit viel zu nachgiebig gezeigt.

Bereits Mitte der achtziger Jahre erwarben die Saudi von China CSS-2-Raketen mit einer Reichweite von mehreren tausend Kilometern. Dieser Raketentyp wurde in China mit nuklearen Sprengköpfen bestückt. Die in Saudiarabien stationierten Systeme tragen dagegen konventionelle Sprengköpfe. Um amerikanischen Besorgnissen zu begegnen, erklärten sich die Saudi gegenüber Washington seinerzeit bereit, dem Vertrag über nukleare Nichtverbreitung (Atomsperrvertrag) als Nichtkernwaffenstaat beizutreten. Im Gegenzug konnten sie die CSS-2-Raketen behalten. Laut Berichten haben sie von China seither modernere Raketen erworben.

Bau von Reaktoren geplant

Saudiarabiens nukleare Infrastruktur ist rückständig. Zwar wurden Nuklear-Experten an westlichen Universitäten ausgebildet. Das Land unterhält jedoch noch nicht einmal einen Forschungsreaktor, in dem Personal geschult werden könnte. Saudiarabien plant bis 2032 den Bau von 16 Leichtwasserreaktoren für die Stromerzeugung. In der Tat wächst der Energiebedarf des Landes. Zudem könnten mittels Kernreaktoren künftige, sehr energieintensive Meerwasserentsalzungsanlagen betrieben werden. Verträge über die nukleare Zusammenarbeit bestehen mit einer Reihe von Staaten, darunter die USA, Frankreich, Russland, China, Südkorea und Argentinien.

Auch wenn Leichtwasserreaktoren kaum zur Herstellung spaltbaren Materials für Atomwaffen taugen, sind viele Beobachter der Auffassung, die saudischen Pläne seien weniger wirtschaftlichen als strategischen Überlegungen geschuldet. Im Gegensatz zu den Vereinigten Arabischen Emiraten haben die Saudi gegenüber den USA verdeutlicht, nicht grundsätzlich auf die Urananreicherung, die prinzipiell die Produktion spaltbaren Materials zu Waffenzwecken erlaubte, verzichten zu wollen. Dies gilt nun umso mehr, da Iran seine Infrastruktur zur Urananreicherung behalten darf. Allerdings dürften die Saudi Schwierigkeiten haben, die Anreicherungstechnologie zu beschaffen. Deren Export ist nämlich aufgrund der Richtlinien der Gruppe der nuklearen Lieferländer untersagt. Daher müsste sich Saudiarabien an potenzielle Lieferländer ausserhalb der Gruppe wie Pakistan oder Nordkorea wenden.

Hilfe aus Pakistan?

Das vielfach diskutierte Szenario, wonach sich Saudiarabien Kernwaffen in Pakistan beschaffen oder Pakistan Atomwaffen unter eigener Kontrolle auf saudischem Territorium stationieren könnte, ist eher unwahrscheinlich. Zwar stimmt es wohl, dass die Saudi die pakistanische Bombe mit beträchtlichen Summen mitfinanziert haben und somit Islamabad in ihrer Schuld steht. Pakistan würde mit einem solchen Schritt jedoch riskieren, sich den nuklearen Schwellenstaat und Nachbarn Iran zum Feind zu machen. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit dem militärisch überlegenen Kontrahenten Indien dürfte die pakistanische Führung den daraus resultierenden Zweitfrontenkonflikt vermeiden wollen. Auch würde ein solcher Schritt zusätzliche Verwerfun-

gen mit den USA hervorrufen, was letztlich nur Indien nützte.

Es würde nicht saudischem Politikstil entsprechen, durch ein heimliches Atomwaffenprogramm, das eines Tages aufgedeckt werden könnte, internationales Ansehen zu riskieren. Die USA und andere westliche Staaten, die ohnehin wegen der saudischen Menschenrechtspolitik und Fragen der möglichen Unterstützung terroristischer Gruppen Probleme mit dem Königshaus haben, würden womöglich endgültig verprellt. Jedoch ist ein Programm, das Waffenoptionen offenhält, ohne gegen den Atomsperrvertrag zu verstossen, denkbar. Aufgrund einer weitgehend fehlenden nuklearen Infrastruktur dürfte Riad aber viele Jahre benötigen, um sich in eine solche Position zu bringen. In der Zwischenzeit könnte das Spielen mit der nuklearen Karte dazu dienen, westliche Staaten zum Export konventioneller Rüstungsgüter zu veranlassen – damit die Saudi sich auch ohne Kernwaffen sicher genug fühlen.

—
Dr. **Oliver Thränert** leitet den Think-Tank am Center for Security Studies der ETH Zürich.